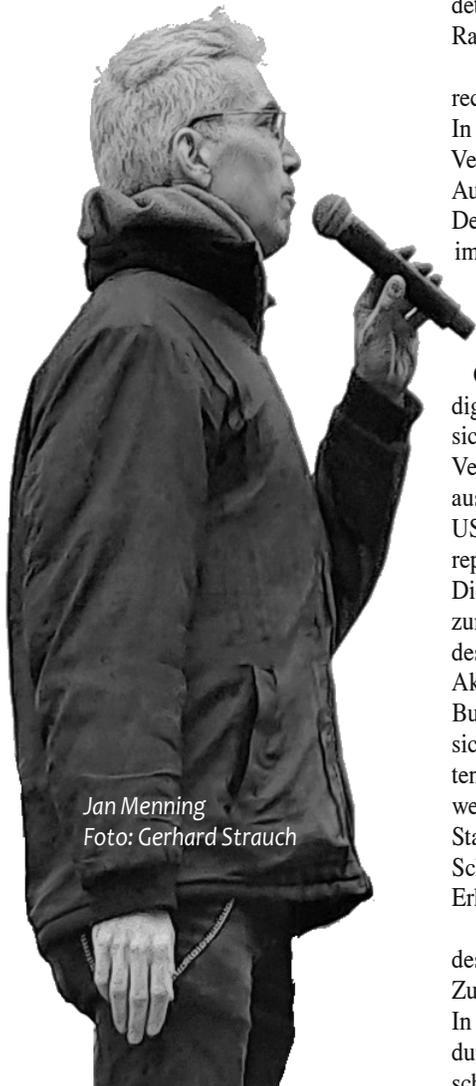


## Mittelstreckenraketen schon bald in Deutschland?



Jan Menning  
Foto: Gerhard Strauch

Am 10. Juli 2024 haben die Regierungen Deutschlands und der USA in einer knappen Pressemitteilung verkündet, dass bis 2026 in Deutschland im Rahmen der sogenannten „Multi-Domain Task Forces“ (MDTF) neue Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von bis zu 3000 Kilometern stationiert werden sollen. Die Knappheit der Erklärung steht aber in eklatantem Widerspruch zur Bedeutung der Maßnahme für die Sicherheit in Europa und Deutschland. Und so verwundert es nicht, dass innerhalb weniger Monate ein Bündnis von über 50 regionalen Initiativen entstanden ist, die gegen die Stationierung

protestieren und eine öffentliche Diskussion über ihre möglichen Folgen und Gefahren einfordern. Eine davon ist das von Mitgliedern der DFG-VK Mainz-Wiesbaden gegründete „Wiesbadener Bündnis gegen Raketenstationierung“.

Zunächst einmal ist unklar, auf welcher rechtlichen Basis die Maßnahme stehen soll. In Frage kommen eigentlich nur der Nato-Vertrag von 1949 und der Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in Deutschland von 1954. Ob die Stationierung im Rahmen der Nato erfolgt, ist aber mehr

als fraglich: Zwar wurde sie am Rande des Nato-Gipfels angekündigt, doch handelt es sich um eine bilaterale Vereinbarung, an der ausschließlich die USA und die Bundes-

republik beteiligt sind. Der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages erklärte zur nachträglichen Begründung zwar, wegen des Nato-Bezugs sei dies ein rein exekutiver Akt, der nicht der Zustimmung durch den Bundestag bedürfe. Die Stationierung „dürfte sich [...] im Rahmen des NATO-Bündnissystems abspielen“, denn die Vereinbarung „verweise auf die Verpflichtung der Vereinigten Staaten von Amerika zur NATO“. In der Schlussklärung des NATO-Gipfels wird die Erklärung aber überhaupt nicht erwähnt.

Des Weiteren verwickelte sich die Bundesregierung auch in Widersprüche, was das Zustandekommen der Vereinbarung betrifft. In der Öffentlichkeit lässt sich die Entscheidung am besten als Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine rechtfertigen, wie es die Staatssekretärin Siemtje Möller und der Staatsminister im Auswärtigen Amt Tobias Lindner in einem Schreiben an den Verteidigungsausschuss und den Auswärtigen Ausschuss taten. Doch die MDTF wurden bereits 2017 in der ersten Amtszeit von Donald Trump ins Leben gerufen. Unter Joe Biden fiel im April 2021 (also vor der russischen Invasion in der Ukraine) die Entscheidung, MDTF in Wiesbaden zu stationieren. Im April 2024, also drei Monate vor dem Nato-Gipfel, hieß es in den USA erstmals, das Wiesbadener MDTF werde das Kommando über Mittelstreckenwaffen erhalten.

Die angebliche „gemeinsame Erklärung“ war also eher eine alleinige Entscheidung der Vereinigten Staaten. Nicht genug damit, dass der Bundestag nicht gefragt wurde, auch die deutsche Regierung hat den Stationierungsbeschluss ohne besonderes Mitspracherecht abgenickt. Der Bundeskanzler wiegelte ab: „Das haben wir in der ‚Nationalen Sicherheitsstrategie‘ festgelegt. Ich habe das im Übrigen auch bei der Münchner Sicherheitskonferenz sehr ausführlich dargelegt und zur Debatte gestellt.“ In der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ vom 14. Juni 2023 heißt es jedoch nur: „Die Bundes-

regierung wird die Entwicklung und Einführung von Zukunftsfähigkeiten wie abstandsfähigen Präzisionswaffen befördern.“ Damit sind keine US-Waffen gemeint, sondern das ELSA-Projekt zur Ent-

wicklung europäischer Mittelstreckenwaffen gemeinsam mit Frankreich, Italien und Polen. Und auch in seiner Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz vom 17. Februar 2024 bezog sich Scholz nicht auf US-Waffen, sondern sprach von Verhandlungen mit Frankreich und Großbritannien.

Die Gefahren von Mittelstreckenraketen sind seit langem bekannt. Durch die vergleichsweise kurze Entfernung zum Ziel eignen sie sich für überraschende Angriffe, sogenannte Erst- oder Enthauptungsschläge. Die seit dem Kalten Krieg gültige Abschreckungslogik der gegenseitig zugesicherten Zerstörung („Mutual Assured Destruction“, MAD) „wer zuerst schießt, stirbt als zweiter“ wird dadurch in Frage gestellt. Dies gilt umso mehr im Zeitalter der Hyperschallwaffen, die innerhalb von 10-15 Minuten Moskau erreichen könnten. Oder sogar in noch kürzerer Zeit, wenn die Raketen in Polen, Rumänien oder gar der Ukraine aufgestellt würden. Technisch wäre dies kein Problem, denn die Kommandozentrale befindet sich zwar seit letztem Jahr bereits in Mainz-Kastel, die Raketen selber werden aber auf mobilen Abschussvorrichtungen montiert, deren Position im sogenannten „Ernstfall“ höchstwahrscheinlich geheim gehalten würde.

Es gibt jedoch auch etliche Unterschiede zur Situation zu Beginn der 80er Jahre, als der NATO-Doppelbeschluss in Reaktion auf

### Aus dem Inhalt

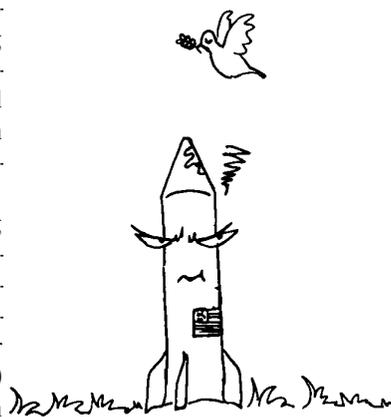
- Multilateralität und Multipolarität
- Nachlese: Theaterstück Abgerungen
- Tag der Kriegsdienstverweigerung
- Nicht schon wieder Zwangsdienste
- Israel / Palästina
- Kriegsmarinedenkmal

die sowjetischen SS 20-Raketen die Stationierung sogenannter „Pershings“ vorsah. Der zweite Teil dieses Beschlusses bestand nämlich in der Unterbreitung von Verhandlungsangeboten für eine beidseitige Begrenzung der Raketenanzahl. Davon ist diesmal keine Rede. Im Gegenteil, die Stationierung erfolgt in der Atmosphäre einer beispiellosen Aufrüstungswelle, die sogar im Grundgesetz festgeschrieben wurde und Militärausgaben nach dem Motto „je mehr desto besser“ vorsieht – es gilt eine Unter- statt einer Obergrenze! Anders als im aktuellen Fall stimmte der Bundestag damals dem Doppelbeschluss zu und stellte die Bedingung, die Stationierung müsse auch in anderen Ländern erfolgen, um im Spannungsfall das Risiko eines feindlichen Angriffs gemeinsam zu tragen. Trotz dieser Abmilderungen löste der Beschluss bundesweit enorme Proteste aus, die zu Demonstrationen mit vielen Hunderttausend Teilnehmern und zur Entstehung einer Friedensbewegung führten. Zu Recht, wie sich im Nachhinein herausstellte: 1983 war die Welt zweimal am Rande des nuklearen Abgrunds, einmal, als ein sowjetisches Frühwarnsystem fälschlicherweise einen Angriff meldete und der zuständige Offizier Stanislaw Petrow zum Glück mit der Möglichkeit eines solchen Fehlalarms rechnete, und ein weiteres Mal,

als die Sowjetunion während der Nato-Übung „Able Archer“ einen echten Angriff vermutete und kurz davor war, einen Erstschlag zu beschließen.

Letzten Endes gelang die Umsetzung des zweiten Teils des Doppelbeschlusses und Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von über 500 Kilometern waren von 1988 bis 2019 durch den sogenannten INF-Vertrag verboten. 2019 kündigte US-Präsident Trump das Abkommen jedoch unter Verweis auf eine angebliche Vertragsverletzung durch die Stationierung russischer „Iskander“-Raketen in Kaliningrad auf (die tatsächliche Reichweite der fraglichen Raketen ist bis heute umstritten). Bei dieser Kehrtwende spielte auch eine Rolle, dass der militärische Fokus der USA sich von Russland nach China verschoben hatte, China aber nicht durch Rüstungskontrollabkommen gebunden war.

Wiesbaden ist bereits durch die Clay-Kaserne in Erbenheim und das dortige Hauptquartier der US Army für Europa, Afrika und



die Staaten der ehemaligen Sowjetunion ein absoluter militärischer Hotspot. Doch durch die Stationierung wäre auch das Gelände „Storage Station“ in Mainz-Kastel im Kriegsfall eines der Angriffsziele mit höchster Priorität. Es befindet sich nur etwa zwei Kilometer vom Mainzer und acht Kilometer vom Wiesbadener Stadtzentrum mitten in einem

Wohngebiet. Diese Gefährdung der Zivilbevölkerung verdient auch die Aufmerksamkeit der Kommunalpolitiker. Doch leider hat der Wiesbadener Magistrat parteiübergreifend die Nichtbefassung mit dem Thema beschlossen. Bei Gesprächen mit den Menschen auf der Straße stellt sich oft heraus, dass sie erschreckend schlecht über die Pläne informiert sind, weil diese in der Öffentlichkeit nicht genug thematisiert werden. Es ist noch viel Aufklärung nötig, denn die Tragweite des Themas erfordert eine breite gesellschaftliche Diskussion und einen Bundestagsbeschluss.

*Jan Menning*

## Von Multilateralität zur Multipolarität

Die Weltuntergangsuhr, die *Doomsday Clock*, des *Bulletin of the Atomic Scientists*, die anzeigt, wie weit die Menschheit von der Vernichtung entfernt ist, wurde im Januar 2025 auf 89 Sekunden vor Mitternacht gestellt. Die gefährlichste Situation seit 1945.

Es werden zahlreiche Kriege geführt und die Gefahr weiterer Kriege wächst. Das ist leider nichts Neues. Kriege, Kriegsgefahr und Wetrüsten prägten auch die letzten 80 Jahrzehnte, mal mehr, mal weniger.

Viel gravierender ist der Zusammenbruch der bisherigen Weltordnung, in der trotz aller Kriege, Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen noch immer die friedliche kooperative multilaterale Zusammenarbeit und gegenüber Staaten einklagbare Menschenrechte als Leitbild galten.

Die pazifistische Idee aus dem 19. Jahrhundert, dass Staaten ihre Konflikte mittels internationaler Organisationen und Gerichte friedlich beilegen, ist tatsächlich institutionalisiert worden. Der einst als legitim angesehene Angriffs- und Eroberungskrieg wurde mit der Charta der Vereinten Nationen rechtswidrig. Der Krieg verschwand nicht, wurde aber eingehegt. Aus pazifistischer Sicht höchst unbefriedigend, aber immerhin ein Fortschritt.

Nach 1945 wurde kaum versucht, andere

Staaten ganz oder teilweise zu erobern und international anerkannte Grenzen zu verschieben. Es ging meist um Dekolonisierung und um die Blockzugehörigkeit. Es entstanden neue Formen der internationalen Zusammenarbeit wie regionale Integration und Kooperation. Einst verfeindete Staaten kooperierten friedlich zum gemeinsamen Nutzen. Internationale Politik wurde in diesem liberalen Weltbild nicht mehr als Nullsummenspiel verstanden, in dem der Vorteil des einen als Nachteil des anderen gilt. Gemeinsamer Nutzen entstand aus Kooperation. Funktionale Zusammenarbeit sowie wachsende wirtschaftliche und politische Verflechtung erschwerten Kriege gegeneinander schon rein strukturell. Man sprach sogar von Weltinnenpolitik.

In den 1990er Jahren war die Welt tatsächlich friedlicher geworden. Außerhalb von Zentral- und Nordafrika und Westasien gab es große Friedenszonen ohne zwischenstaatliche Kriege.

Empirisch zu beobachten ist, dass konsolidierte liberale Demokratien äußerst selten Krieg gegeneinander führen. Die globale Demokratisierungswelle der 1990er ließ mehr Frieden erhoffen.

Das wurde alles zunichte gemacht. Westliche Demokratien führten, beginnend mit dem Kosovokrieg von 1999 und besonders skandalös im auf Lügen basierenden Irakkrieg von 2003 eine Reihe völkerrechtswidriger Kriege, machten mehrere westasiatische und nord-

afrikanische Länder zu Dauerschlachtfeldern und erhoben sich selbst überheblich immer wieder zur interventionsberechtigten „Internationalen Gemeinschaft“. Das Verhältnis zu Russland verschlechterte sich, auch durch Versuche, die Ukraine und Georgien in die NATO zu ziehen. In Russland hingegen gewannen parallel dazu antiwestlicher Nationalismus, Militarismus und Imperialismus wieder die Oberhand. Die Demokratie in Russland wich der Diktatur Putins. Die Werte, die man westlicherseits im Munde führte, wurden missachtet, wenn es den eigenen Interessen entsprach. Dieses Messen mit zweierlei Maß erklärt auch, warum Länder des Globalen Südens sich der westlichen Empörung über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine kaum anschlossen. Gleichzeitig wuchsen Gegenkräfte wie illiberale und „postliberale“ und offen faschistische Strömungen und Regime von Lateinamerika über Europa bis Indien sowie der Islamismus. In Ost- und Südostasien, wo seit dem Vietnamkrieg internationale Kriege verhindert wurden und wo in den 1990ern vielversprechend kooperiert wurde, droht die VR China immer aggressiver mit der Eroberung ihres Nachbarstaats, der Republik China, besser bekannt als Taiwan. 2014 annektierte Russland die Krim. Seit drei Jahren führt es einen Eroberungskrieg gegen die Ukraine.

Jetzt erleben wir auch in den USA die Abkehr vom Leitbild des kooperativen Multilateralismus hin zur brutalen Multipolarität

miteinander konkurrierender Groß- und Mittelmächte. Die die USA nun beherrschende Oligarchie faschistoider bösartiger hasserfüllter unberechenbarer Multimilliardäre behandelt andere Staaten als Feinde. Selbst langjährige enge Bündnispartner der USA werden mit Annexion und Krieg bedroht und mit destruktiven Handelskriegen überzogen. Rationalität, Wissenschaft, Aufklärung, Menschenrechte und Demokratie werden bekämpft, sowohl in den USA selbst als auch durch Unterstützung faschistischer und illiberaler Regime und Parteien anderswo.

Gegen die von den westlichen liberalen demokratischen Staaten geprägte Weltordnung war und ist viel einzuwenden. Die Gründer der Demokratien beiderseits des Atlantiks, darunter anfangs Sklavenhalter, hatten gar nicht daran gedacht, Demokratie und Menschenrechte allen zugutekommen zu lassen. Doch was proklamiert war, konnte eingeklagt und vielfach mühsam erkämpft werden, mit der Erwartung weiterer Erfolge.

Das ist nun anders. Global und innergesellschaftlich geht es nicht in einem emanzipatorischen und friedlichen Sinn voran, sondern rückwärts. Die führenden Mächte bekennen sich offen zu Krieg und Eroberungen. Weltweit verbreiten sich autoritäre und menschenfeindliche Ideologien. Auch sich links und emanzipativ Dünkende, verabschie-

den sich oft von universellen Menschenrechten, Rationalität, Aufklärung und Solidarität zugunsten von intolerantem Identitätsdenken.

Das dringlichste Problem in Europa ist die Beendigung des Ukrainekriegs. Es ist ein Abnutzungskrieg. Abgenutzt werden seit drei Jahren Tag für Tag Menschen. Sie werden für kleine Geländegewinne massenhaft in den Tod gejagt. Jeder Kriegstag kostet Menschenleben und erhöht die Gefahr der Ausweitung und Eskalation des Kriegs. Wie bei jedem anderen Angriffskrieg gilt: Der Aggressor Russland kann jederzeit abziehen und den Krieg beenden. Das wäre der einfachste und schnellste Weg. Dafür wären noch nicht einmal Verhandlungen oder ein Waffenstillstand nötig. Das ist politisch und völkerrechtlich geboten, aber leider nicht zu erwarten. Selbst dann wäre das Verbrechen des Angriffskriegs nicht gesühnt, das Land würde noch lange unter den Kriegsverwüstungen leiden und die Gefahr eines erneuten Kriegs wäre nicht gebannt. Jetzt ist sogar ein klassischer imperialistischer Friedensschluss zu befürchten, bei dem die USA und Russland wie Kolonialmächte ihre Einflussphären in Europa abstecken und ausbeuten.

### Was tun?

Es sieht düster aus. Doch alle oben genannten negativen Entwicklungen sind menschenge-

macht. Sie können auch von Menschen wieder rückgängig gemacht werden. Geschichte war auch bisher keine lineare Entwicklung zu immer mehr Fortschritt, Frieden, Gleichheit, Freiheit und Menschenrechten. Man denke nur an den Rückfall in die faschistische Barbarei in den 1920er und 1930er Jahren. Vor gerade mal 25 Jahren war die Welt schon einmal viel weiter als jetzt gewesen. Relativ friedliche Verhältnisse sind also keine unerreichbare Utopie. Die damals eingeschlagenen Irrwege müssen korrigiert werden und nicht fortgesetzt werden.

Diejenigen, die über Kriege entscheiden, sind äußerst selten diejenigen, die darin sterben. Eine Trennlinie verläuft zwischen denjenigen, die Kriege führen und denjenigen, die in Kriege geschickt werden und unter ihnen leiden. Wie solidarisch die Herrschenden untereinander sind, zeigt sich darin, dass sie sich gegenseitig zugestehen, ihre Untertanen in Krieg und Militär zu zwingen, und Kriegsdienstverweigerung weder als Menschenrecht noch als Asylgrund anerkennen. Die meisten Menschen haben kein Interesse an Kriegen. Eine Million auf beiden Seiten haben sich dem Ukrainekrieg entzogen. Wenn Menschen sich transnational überall auf der Welt der Kriegsmaschinerie und kriegerischen Ideologien verweigern, wäre schon viel gewonnen.

*Gernot Lennert*

## Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Wussten Sie, wer Richard Henkes war? Das wurden wir nach dem Theaterstück über den Priester gefragt.

Am 9. November 2024 ließen wir das Ein-Personen-Stück „Abgerungen“ von Boris Weber mit dem Schauspieler Bruno Lehan in St. Bonifatius Wiesbaden über den Pallottinerpater Richard Henkes und seinen Widerstand im Nationalsozialismus aufführen. Gebucht hatten wir es von den Pallottinern. Kooperationspartner unserer DFG-VK-Gruppe Mainz-Wiesbaden waren außer St. Bonifatius der Flüchtlingsrat Wiesbaden und attac Mainz. Die Vorführung berührte sichtlich – durch den hell erleuchteten Zuschauerraum wurde die Schranke zwischen Schauspieler und Publikum überwunden.

Henkes' Schüler und Biograf Prof. Dr. Georg Reitor bekannte über ihn: „Was er tat, hat mich eine höhere Welt sehen lassen (...). Die Liebe, die (...) das eigene Leben hingibt, zeigt eine Welt über der unseren“.

**„Das Leben ist der Ernstfall“**

Pater Richard Henkes SAC\* (1900-1945, seliggesprochen 2019) bemühte sich in der Zeit des Nationalsozialismus in Schlesien und im Hultschiner Ländchen im heutigen Tschechien um eine Aussöhnung zwischen

Deutschen und Tschechen. Er war ein beliebter Lehrer und begnadeter Seelsorger, der nicht über die Verbrechen der Nazis hinweg sah. Die Ideen von „Herrenrasse“ und „gesundem Volkkörper“, die Morde an Juden, Menschen mit Behinderung und weiteren Gruppen widersprachen diametral dem christlichen Gottes- und Menschenbild, das bedingungslos das notleidende Individuum in den Mittelpunkt stellt.

**„Einer muss da sein, es zu sagen“**

Henkes war sehr wohl bewusst, mit welcher gefährlichen Gegnern er sich angelegt hatte. Aus erhaltenen Briefen und Tagebucheinträgen weiß man um die inneren Kämpfe, die er mit sich ausgefochten hatte, um sich zu kritischen Predigten gegen den Nationalsozialismus durchzuringen. Durch seine Bekanntheit erreichte er viele Menschen. Es war wohl auch Neugier, die die Leute in die Kirche zog. Was getraut der sich heute zu sagen, wo doch die Geheime Staatspolizei ebenfalls dabei sitzt und mitschreibt? Einmal bot Henkes einem Spitzel an, eine Kopie seiner Predigt aus der Sakristei zu erhalten.



„Wahr bin ich und will ich sein und wenn die Wahrheit mich vernichtet“

Eines Tages erfolgte seine Verhaftung. Er wurde im Dachauer Konzentrationslager im Pfarrerblock inhaftiert wie über 2700 weitere Pfarrer. Mehr als 1000 von ihnen starben. Seine Lebensmittelpakete teilte Henkes mit anderen. Er lernte im KZ weiter Tschechisch, um nach dem Krieg seine Versöhnungsarbeit fortzusetzen. Als im Lager Typhus ausbrach, ließ er sich in der Typhusbarracke einsperren, um die Kranken

zu pflegen und ihnen Mut zuzusprechen. Schließlich infizierte er sich und starb kurz vor Kriegsende.

In meinem Schulunterricht hatten wir Henkes' Widerstand gegen die Nazis behandelt. Er soll als Lehrer ungewöhnlich gewesen und wegen seiner „hypermodernen“ Lehrmethoden von Kollegen kritisiert worden sein. So stellte Henkes damals seinen Schülern das Aufsatzthema, und daran erinnerte ich mich: „Der Inhalt meiner Hosentasche“.

Mehr: <https://haltung-heute.de>

\*Societas Apostolatus Catholici (Gesellschaft des Katholischen Apostolates) pallottinisches Ordenskürzel

*Veronika Gielow*

## Kriege verhindern statt „Kriegstüchtigkeit“

**Aktionswoche zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung (15. Mai)**

Aktuell werden in den verschiedensten Ländern Kriege geführt – sei es in der Ukraine, in Israel/Palästina, Türkei, Syrien, Myanmar oder in der Demokratischen Republik Kongo.

### Kriege und Kriegsgefahren: Die Antwort der Regierungen heißt Militarisierung

Weltweite Waffenexporte, auch in bewaffneten Konflikten, nehmen zu. Die Rüstungsproduktion wird angekurbelt. Der Etat für Militär und Rüstung soll deutlich erhöht und mit zusätzlichen Krediten finanziert werden. Statt Kriege zu verhindern, wird darauf gesetzt, Kriege führen zu können – und sie auch zu führen. Forderungen werden erhoben zur Einführung einer „neuen Wehrpflicht“ oder einer „allgemeinen Dienstpflicht“.

### Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht – Offene Grenzen für Kriegsflüchtlinge – Aufnahme und Bleiberecht für verfolgte Kriegsgegner:innen!

#### Krieg bedeutet Tod und Zerstörung

Kriege führen zu Zigtausenden von Toten, unzähligen Schwerverletzten, massiven Zerstörungen. Auch wenn über die Kriege kaum berichtet wird, so gibt es doch auf allen Seiten zahllose Opfer und Grausamkeiten. Über die Militärdienstpflicht werden Menschen zu Kanonenfutter gemacht. All diese Kriege treiben ungezählte Menschen in die Flucht, einen Teil auch nach Europa und Deutschland.

## Zwangsrekrutierung: Verteidigung oder Aggression?

Jede Zwangsrekrutierung zum Militär ist eine Menschenrechtsverletzung und ein Akt der Gewalt. Dazu gehören Freiheitsberaubung und Aufhebung der Rechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit, aber auch entwürdigende Musterungen, Gewissensprüfungen, juristische und politische Verfolgung von Verweigerung, Zerstörung von Lebens- und Berufsleben. In der Praxis führt Zwangsrekrutierung für Militär und Krieg häufig zu Verletzungen, Verstümmelungen, Traumata und letztendlich auch zum Tod.

Die Bundeswehr gebärdet sich als Verteidigungsarmee. Doch das war sie nie, auch nicht vor dem von ihr geführten völkerrechtswidrigen Kosovokrieg. Jede Armee, die Menschen zwangsrekrutiert, ist gegenüber diesen Menschen eine Angriffsarmee.

2011 wurde die Zwangsrekrutierung zum

### Abwehr von Geflüchteten

Die Festung Europa wird militärisch gesichert. Asylsuchende werden auf Lager außerhalb der Europäischen Union verwiesen und der Zugang zu Asylverfahren wird faktisch gestoppt. Das Asylrecht soll außer Kraft gesetzt werden. Widerrechtlich werden an vielen EU-Außengrenzen Geflüchtete über Pushbacks zurückgewiesen. Grenzkontrollen werden auch innerhalb der EU wieder eingeführt.

### Kriegsgegner:innen unterstützen

In all den Ländern, die sich im Krieg befinden, gibt es aber auch Menschen, die sich dem Krieg verweigern, die sich aktiv für Frieden einsetzen, die dort Widerstand gegen Militarisierung und Krieg leisten. Soldat:innen an der Front wollen angesichts des Grauens ihre Waffen niederlegen. Andere entziehen sich den Zwangsrekrutierungen. Sie wollen keine anderen Menschen töten und auch nicht in einem Krieg sterben. Ihnen allen drohen dafür Repression und Gefängnisstrafen.

Wir sehen die Kriegsdienstverweigerung als einen wichtigen Baustein, um Krieg und damit Tod und Zerstörung im Krieg zu überwinden. Wir fordern die uneingeschränkte Beachtung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung, auch und gerade in einem Krieg. Wir fordern Schutz und Asyl für alle Kriegsflüchtlinge, verfolgte Kriegsdienstverweiger:innen und Kriegsgegner:innen. Ihnen gilt unsere Unterstützung!

### Stopp Militarisierung und „Wehrpflicht“

Die Pläne der vermutlich neuen Regierungs-



parteien CDU/CSU und SPD in Deutschland sehen eine umfassende Erfassung und eine verstärkte Rekrutierung neuer Soldat:innen vor. Perspektivisch sollen Zwangsverpflichtungen möglich sein, wenn die gewünschten Zahlen für die Bundeswehr nicht erreicht werden. Die Union fordert gar eine allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen.

Wir wenden uns entschieden gegen jegliche Form der „Wehrpflicht“ und die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht. Diese würde einer Militarisierung Vorschub leisten. Stattdessen brauchen wir eine Stärkung des vorhandenen sozialen Engagements und eine breite Unterstützung von Ansätzen und Maßnahmen aus der Friedensarbeit und Konfliktforschung, die sich gegen Spaltung und Ausgrenzung in der Gesellschaft wenden.

**Rund um den 15. Mai, den Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung, wollen wir an vielen Orten die Stimmen von Kriegsdienstverweiger:innen an die Öffentlichkeit bringen.**

Für Frankfurt z.B. wird eine Veranstaltung mit Aktiven der russischen Kriegsdienstverweigerungsbewegung

Движение сознательных отказчиков от военной службы (ДСО) vorbereitet.

[www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/](http://www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/)

[kdvaktionswoche25](http://kdvaktionswoche25)

[www.objectwarcampaign.org](http://www.objectwarcampaign.org)

Initiiert von der DFG-VK und mehr als 20 weiteren Organisationen

Militär in Deutschland ausgesetzt. Das Wehrpflichtgesetz ist immer noch in Kraft. Männer sind zum Kriegsdienst verpflichtet, aber bis jetzt (April 2025) wird noch niemand zwangsweise gemustert oder zu Bundeswehr oder Zivildienst einberufen. Der Bundestag kann die sogenannte Wehrpflicht mit einfacher Mehrheit reaktivieren und wird es voraussichtlich bald tun, und sie tritt im Spannungs- und Verteidigungsfall automatisch wieder in Kraft.

Warum sogenannte Wehrpflicht? Wehrpflicht und Wehrdienst und davon abgeleitete Begriffe suggerieren bezüglich des zwischenstaatlichen Verhältnisses, dass das Militär der Verteidigung diene. Allerdings haben sogenannte Wehrdienstleistende schon viele Angriffskriege geführt. Das gilt gerade für Deutschland. Im Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Staat ist der Begriff ebenfalls abwegig. Wehrdienst leisten gerade diejenigen, denen es nicht gelingt, sich erfolgreich gegen die Rekrutierung zum Militär zu wehren. Deshalb verwende ich die-

se sachlich unzutreffenden und realitätsverschleiernenden Propagandabegriffe nicht.

In Deutschland hat nach 2011 außer der AfD zunächst kaum jemand die Zwangsrekrutierung vermisst. 2018 startete Kramp-Karrenbauer (CDU) eine Kampagne für Zwangsdienste, der sich allmählich auch immer mehr Stimmen aus Medien, der SPD und dem linksliberalen Spektrum anschlossen. Anfang April 2025 forderte die bayerische Landtagsfraktion der Grünen einen „Freiheitsdienst“ für alle zwischen 18 und 67. Einen Zwangsdienst dreist Freiheitsdienst zu nennen, erinnert an den Slogan „Freedom is Slavery“ in George Orwells „1984“.

Lange Zeit wurden kaum militärische Argumente angeführt, sondern vermeintliche Vorteile einer Dienstpflicht wie mehr Zusammenhalt und weniger Egoismus oder Bekämpfung des Rechtsextremismus. Bei den Plädoyers für Pflichtdienst fiel auf, dass oft aus Ärger über andere danach gerufen wird. Ein Kolumnist der FR (7.11.22) beobachtete hinter dem Schalter einer Bank einen Schnö-



viert? Wie werden Fragebogenverweigerer und Musterungsverweigerer bestraft werden? Werden auch Frauen gezwungen?

Heute gilt es immer mehr als diskriminierend, nur Männer zum Militärdienst zu zwingen. In Nachbarländern werden zunehmend auch Frauen dienstpflichtig, jetzt auch in Dänemark. Um in Deutschland auch Frauen zu verpflichten, müsste der Bundestag mit Zweidrittelmehrheit das Grundgesetz ändern. Wenn sich diese Mehrheit nicht findet, könnte ein Wehrpflichtgesetz, das sich nur gegen Männer richtet, auf juristische Widerstände stoßen.

Egal wie das neue Gesetz gestaltet werden wird: Die Bundeswehr kann kurzfristig pro Jahr nur einige Tausend zusätzliche Soldat:innen aufnehmen. Es könnte zunächst werden wie in den Nullerjahren, als die Bundeswehr schrumpfte und immer weniger Rekruten unterbringen konnte. Wer damals keinen Antrag auf KDV stellte, hatte große Chancen, von der Bundeswehr keine Einberufung zu erhalten und keinerlei Dienst leisten zu müssen, während diejenigen, die voreilig einen KDV-Antrag gestellt hatten, bereitwillig anerkannt wurden und im Zivildienst landeten, der ihnen ansonsten erspart geblieben wäre.

Deshalb ist es wichtig, sorgfältig die Änderungen der Rechtslage und der Rechtspraxis zu beobachten und die Folgen eines KDV-Antrags abzuwägen. Eine Möglichkeit ist, einen Antrag auf KDV mit allen Unterlagen vorzubereiten, ihn aber erst dann abzuschicken, wenn wirklich sicher ist, dass der Antrag nötig und sinnvoll ist.

### Kriegsdienstverweigerungsberatung

Die DFG-VK ist dabei, ihre KDV-Beratung wiederaufzubauen. Bei einem Antrag auf KDV prüfen unsere Berater:innen, ob Begründung und Lebenslauf geeignet sind, um zur Anerkennung zu gelangen, sie können aber nicht, wie schon erwartet wurde, die Begründung schreiben oder die Argumente liefern.

Informationen zur KDV:

[www.verweigern.info](http://www.verweigern.info)

[www.bundeswehrabschaffen.de/unsere-themen/kriegsdienstverweigerung](http://www.bundeswehrabschaffen.de/unsere-themen/kriegsdienstverweigerung)

[www.idk-info.net/themen/kriegsdienstverweigerung](http://www.idk-info.net/themen/kriegsdienstverweigerung)

[www.eak-online.de](http://www.eak-online.de)

### Ohne mich!

Wer politisch etwas gegen die Reaktivierung der Zwangsrekrutierung tun will, kann sich an der Kampagne der DFG-VK „Wehrpflicht? Ohne mich!“ beteiligen. <https://ohne-mich.dfg-vk.de/> Wichtig: Hier geht es um politische Erklärungen gegen Kriegs- und Zwangsdienste, nicht um einen rechtlichen KDV-Antrag gemäß Art. 4.3 GG.

Gernot Lennert

sel, der eine ältere arme Frau menschenverachtend und herablassend behandelte. Ein Autor im Freitag (26.1.23) beklagte, dass Menschen mit Silvesterböllern Rettungskräfte attackieren und Müll in der Gegend herumliegen lassen. Und was wird als Allheilmittel gegen solche Übel propagiert: Pflichtdienst!

Militär und Heldentod fürs Vaterland sind nicht mehr so populär. Wer also Zwang zum Militärdienst wollte, versteckte sich gern hinter der Forderung nach zivilen Zwangsdiensten, die man versuchte, als nützlich und sozial zu verkaufen.

### Kriegstüchtigkeit

Dieses Versteckspiel gab Pistorius 2024 auf: Er propagiert ganz offen die Kriegstüchtigkeit. Er spricht von Krieg, nicht einmal Verteidigung!

Gegen die Rückkehr zum alten Zwangsdienstsystem spricht, dass die Bundeswehr nicht genug Kasernen hat, um ganze Jahrgänge einzuberufen. Also wird schon seit Jahren Schweden als Vorbild genannt: Dort werden alle männlichen und weiblichen Jugendlichen gemustert und hinterher beruft das Militär diejenigen ein, die es haben will und die es entsprechend den wachsenden Kapazitäten verkraften kann, inzwischen schon 10 % eines Jahrgangs. Genau das strebt Kriegstüchtigkeitsminister Pistorius an. Doch die Ampelkoalition bewilligte Ende 2024 nur eine abgeschwächte Version: Alle jungen Männer ab Jahrgang 2007 sollten unter Androhung von Bußgeld gezwungen werden, einen Fragebogen zur Bundeswehr auszufüllen. Für junge Frauen sollte die Beantwortung freiwillig sein. Dann sollten 10000 von der Bundeswehr Ausgewählte zur Musterung geladen werden. Dieses Gesetz scheiterte am abrupten Ende der Ampelkoalition. Die CDU verkündete damals schon, dass sie viel mehr Zwang will.

### Angst vor Zwangsrekrutierung wächst

Bei vielen Menschen unterschiedlichen Alters und Geschlechts wächst die Angst,

zwangsweise in einen Krieg geschickt oder in Kasernen gefangen gehalten zu werden. Viele wollen jetzt einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung (KDV) stellen. Ein Antrag auf KDV ist sinnvoll für diejenigen, die schon in die Bundeswehr geraten sind, wie Reservist:innen und Soldat:innen, wobei es auch andere Wege gibt, die Bundeswehr zu verlassen.

Doch diejenigen, die bisher nicht gemustert worden sind, die sogenannten Ungedienten, sind im Moment immer noch zu nichts verpflichtet. Wenn ein Ungedienter jetzt (April 2025) einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellt, muss er sich zunächst der Musterung unterziehen, wenn er will, dass sein Antrag bearbeitet wird, und anschließend der Gewissensprüfung. Wir raten denjenigen, die bisher das Glück hatten, von der Bundeswehr und der Musterung und der Gewissensprüfung verschont geblieben zu sein, dafür zu sorgen, dass es möglichst lange, eventuell sogar lebenslanglich, so bleibt. Sie sollten sich nicht von sich aus der Bundeswehr aufdrängen, indem sie einen Antrag auf KDV stellen, solange die Bundeswehr von ihnen nichts verlangt.

Wichtig: Die Anerkennung als KDVer befreit nur von der Militärdienstpflicht, aber nicht von der Zivildienstpflicht im Fall der Reaktivierung der Zwangsrekrutierung und im Spannungs- oder Verteidigungsfall.

### Weitere Entwicklung unklar

Es ist im Moment noch nicht abzusehen, wie sich die Gesetzeslage und die Anwendung in der Praxis entwickeln werden und welche Folgen ein jetzt gestellter KDV-Antrag später haben wird. Schon jetzt ändert sich die Praxis der Behörden. Was heute richtig und ratsam ist, kann in Kürze schon falsch sein.

Worauf genau sich CDU, CSU und SPD einigen werden, ist offen: In welchem Umfang wird der Zwang reaktiviert werden? Welche Jahrgänge wird es treffen? Welche Altersgrenzen werden rechtlich und de facto gelten? Inwieweit wird der Zivildienst reakti-

## Ist Faschismus die einzige Option für Israel und Palästina?

Der Schrecken, der in Israel und Gaza entfesselt wurde, hat die Welt erschüttert. Anstatt erneuter Aufrufe zu einem Waffenstillstand, Friedensgesprächen und einem Bekenntnis zum Pazifismus und einer Zwei-Staaten-Lösung haben wir eine Hinwendung zum Nationalismus und zur Gewalt erlebt.

Eine der führenden Stimmen in der israelisch-palästinensischen Frauenfriedensbewegung *Women Wage Peace*, Vivian Silver, wurde am 7. Oktober 2023 brutal ermordet. Es wäre absurd, auf ihren Tod - und den Tod junger Menschen bei einem Musikfestival für den Frieden - mit einem völkermörderischen Krieg gegen Zivilisten in ihrem Namen zu reagieren.

In der Zwischenzeit wurden Palästinenser, die sich in der Friedensbewegung engagieren, ermordet, verhaftet oder ins Exil getrieben. Für die Hamas ist alles andere als eine komplette Kontrolle über das gesamte Land inakzeptabel, selbst wenn der gesamte Gazastreifen in Schutt und Asche gelegt wird. Die israelischen Nationalisten wollen das Gleiche - alles oder nichts.

Institutionen, die zur Förderung von Frieden und Diplomatie in der Region hätten beitragen können - 12 Hochschulen und Universitäten in Gaza, 80 % aller Schulen, ganz zu schweigen von Moscheen und Kirchen - wurden brutal zerstört. Krankenhäuser und Apotheken wurden bombardiert.

Netanjahus Likud-Koalition, die sich zu einer „faschistischen Theokratie“ entwickelt, was doppelt ironisch ist, wenn man Israels Wurzeln im Antifaschismus und im sozialistisch-marxistischen Kibbutz-Siedlungssystem bedenkt, wurde von Al Jazeera als „im Schlafwandel in den jüdischen Faschismus schlitternd“ beschrieben.

Die Mehrheit der Politikwissenschaftler der Welt, wie die UN-Menschenrechtskommissarin für Gaza Francesca Albanese, betrachten Netanjahus Krieg gegen Gaza, seine Zivilisten und die Infrastruktur als Kriegsverbrechen und Völkermord. Dr. Gershon Baskin merkte in einer Podiumsdiskussion mit Albanese an, dass die einzige positive Nachricht darin bestehe, dass die Zwei-Staaten-Lösung „wieder auf dem Tisch“ liege.

Der Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 war das schlimmste Pogrom an Juden seit dem Holocaust. Netanjahu hat es daraufhin mit seiner Reaktion, durch das Bombardieren von Aufständischen und Zivilisten gleichermaßen, geschafft, das zu erreichen, wovon rechte Neonazis schon lange geträumt haben: eine Massenbewegung des Aufschreis zu schaffen, einen Anstieg des Antisemitismus weltweit und eine Delegitimierung Israels und des Zionismus. Damit hat er die

Demokratie in Israel und in der Welt untergraben, die Hoffnung auf erfolgreiche Friedensgespräche praktisch auf Null gesenkt.

Wie konnte es so weit kommen? Ein Blick auf die Darstellung des Konflikts zeigt, dass wir einer Reihe falscher Narrative verfallen sind, mit einer falschen Dichotomie zwischen jüdisch-israelischem faschistischem Nationalismus und islamofaschistischem Nationalismus, ohne dass irgendwelche Alternativen erwähnt werden.

Es ist selbstverständlich, dass Neonazis schon immer Juden und Israel gehasst haben. Die Faschisten haben jedoch sowohl die linken als auch die rechten Nachrichtenmedien und die sozialen Medien erfolgreich infiltriert und nutzen eine Politik des „Besetzens, Teilens und Eroberns“, um die Kontrolle über die Medienberichterstattung zu erlangen, während die Gewalt vor Ort in Echtzeit übertragen und interpretiert wird.

Den faschistischen „Palästina“-Sympathisanten ist eine Rebranding- und Marketingkampagne gelungen, um die sie Konzerne wie Coca-Cola beneiden könnten. Indem sie sich mit progressiven Anliegen wie Black Lives Matter verbünden, haben sie das geschaffen, was Ashley Rindsburg als „Terrorist Propaganda to Reddit Pipeline“ bezeichnet (siehe [piratewires.com](http://piratewires.com)). Dieses falsche Narrativ ignoriert die Tatsache, dass palästinensische nationalistische Bewegungen wie die Hamas und der Palästinensische Islamische Dschihad sowie die Hisbollah im Libanon alles andere als fortschrittlich sind, da sie Frauenrechte, LGBTQ-Rechte und sogar harmlosen Spaß wie Kinos und Vergnügungsparks als „normalisierend“ verurteilen.

Terroristen-Propaganda wird umgebrandet und auf sozialen Medienplattformen wie TikTok, Reddit, Quora, Discord und X vermarktet. Task Forces werden eingerichtet, um Gleichgesinnte zu rekrutieren, Beiträge und Memes zu replizieren und zu kommentieren. Durch die Nutzung mehrfacher Profile können diese loyalen „Keyboard Warriors“ eine virtuelle Online-Armee aufbauen, die Aufrufe steigert und Suchergebnisse verändert.

Die amerikanischen Nachrichtenmedien, besonders die konservativen, konzentrierten sich fast ausschließlich auf das Leid der israelischen Geiseln, obwohl gegen Netanjahus Politik in ganz Israel protestiert wurde, mit 100.000 Protestierenden, die 40 Wochen lang die Straßen füllten. Wie alle nationalistischen Autoritären weigerte sich Netanjahu, Verantwortung für die mangelnde Grenzsicherung oder für seine Invasion und Zerstörung von 60 % der Infrastruktur im Gazastreifen zu übernehmen. Anstatt über die Freilassung der Geiseln zu verhandeln, bestand Netanjahu auf einem voll ausgeweiteten Krieg gegen die hilflosen Bewohner Gazas.

Die Kontrolle über das Narrativ bedeutet, dass jede Person, die Netanjahus Politik kriti-

siert, selbst Juden und Israelis, als Freund der Hamas und Unterstützer des Terrors gebrandmarkt wird. Jede Person, die Israel als souveräne Nation mit einem Recht auf Sicherheit anerkennt, wird als „Zionist“ und Unterstützer des Völkermords gebrandmarkt. Logische, rationale Stimmen sind zum Schweigen gebracht worden.

Die Kontrolle über das Narrativ bedeutet auch, dass Netanjahu nie persönlich für seine Verbrechen verantwortlich gemacht wird. Die Medien berichten, dass „Israel“ verantwortlich ist, nicht Netanjahus Regierung. Juden auf der ganzen Welt, von Toronto über Berlin bis Sydney, werden als „Unterdrücker“ angegriffen, jüdische Friedhöfe und Synagogen werden attackiert, und Israelis haben Angst, ins Ausland zu reisen, während Netanjahu in Sicherheit Champagner trinkt.

### Wer profitiert vom Krieg?

Kriege werden immer geführt, weil jemand davon profitiert, sei es finanziell oder politisch. Die Hamas wandte ungeheuerliche Gewalt an, um ihre Existenz zu legitimieren, und nutzte den Krieg, um Wut zu schüren und für ihre Sache Öffentlichkeit zu gewinnen. Mit seiner wachsenden Unbeliebtheit brauchte Netanjahu einen Krieg, um sein politisches Überleben zu sichern, und das Massaker der Hamas lieferte ihm einen Vorwand für eine groß angelegte Invasion und einen Krieg. Die USA, stets bestrebt, Waffen zu verkaufen, brauchten einen Krieg, um ihre Kassen zu füllen. Die Verlierer sind wie immer die Bürger auf beiden Seiten: Israelis, die aufgefordert werden, ihre Kinder im Krieg zu opfern, und Palästinenser, die alles verlieren: ihre Häuser und Geschäfte, ihre Familienmitglieder, ihr Leben und ihre Zukunft, nicht nur in Gaza, sondern auch im besetzten Westjordanland.

Das Blutvergießen dauert schon seit Jahrzehnten an, aber die Rüstungsindustrie hat kein Interesse daran, diesen Krieg zu beenden. Das „palästinensische Labor“ fungiert als Übungsgelände für die Kriegsführung, in dem Waffen, Sicherheitssysteme und Überwachungssysteme im Wert von Milliarden von Dollar an Palästinensern verdient werden.

Der daraus resultierende Hunger, das Sterben und Verhungern in Gaza hat die Hamas unglaublich unbeliebt gemacht, aber laut Dr. Gershon Baskin sehen die jungen Menschen in Gaza keine Alternativen. Auf der Münchner Friedenskonferenz am 15. Februar 2025 erklärte er, dass bis zu 70 % der Palästinenser und Israelis für Friedensgespräche offen seien, aber sowohl Israel als auch die Palästinenser dringend eine neue Führung bräuchten.

Imperialismus, rechtsextreme Ideologien und Nationalismus gehen Hand in Hand. Trump, Meloni, Orbán, Le Pen und Netanjahu bekennen sich offen zu ihrem Autoritaris-

mus, ebenso wie die Hamas und andere Terrorgruppen. Reaktionäre folgen alle demselben Spielplan: ein Problem schaffen, Extremisten auf beiden Seiten finanzieren, den Notstand ausrufen und die Bürgerrechte abschaffen. Netanjahu folgt diesem Spielplan mit großer Sorgfalt, bezeichnet seine Gegner als „unpatriotisch“ und tut sein Bestes, um die Demokratie in Israel zu schwächen.

In dem Workshop, an dem wir teilnahmen und der von Sandra Kluft (Peace4Future) geleitet wurde, wurden die fünf Archetypen der gewaltfreien Kommunikation diskutiert. Der Löwe steht für den wettbewerbsorientierten

„Zero-Sum Approach“, bei dem eine Seite alles gewinnt und die andere Seite alles verliert. Dies ist der Ansatz sowohl von Netanjahus Hardlinern als auch von Gruppen wie der Hamas. Der Fuchs, der einen Win-Win-Ansatz vertritt, steht für einen Kompromiss. Nur dieser Ansatz wird sowohl Israelis als auch Palästinensern eine Zukunft sichern.

Was können wir als normale Bürger also tun? Erstens müssen wir das Ende des kapitalistischen militärisch-industriellen Komplexes fordern, der vom menschlichen Leid profitiert. Wir müssen uns auch gegen die Dämonisierung und Entmenschlichung so-

wohl der Israelis als auch der Palästinenser wehren und unsere gemeinsame Menschlichkeit anerkennen. Wir müssen demokratische Selbstbestimmung anstelle von Nationalismus und Faschismus fordern. Der Boykott aller Produkte und Investmentfonds, die vom Krieg profitieren, einschließlich der damit verbundenen Industrien, ist eine Notwendigkeit. Schließlich müssen sich die arbeitenden Menschen aller Nationen und Religionen zu einem internationalen Generalstreik zusammenschließen, der am 1. Mai beginnt und wann immer nötig endet.

Tabitha Elkins

## Kriegsverherrlichung mit historischer Einordnung

Am Mainzer Rheinufer (Stresemann-Ufer, Nähe Fischtor) befindet sich ein Denkmal. Es ist ein Obelisk zum Gedenken der Toten eines im Ersten Weltkrieges versenkten Kreuzers. Am Volkstrauertag 2024 wurde dort eine ergänzende Stele eingeweiht.

Auf dem Sandstein-Denkmal befinden sich auch folgende Zeilen:

*„Den Gefallenen zum Gedächtnis. Den Lebenden zur Anerkennung. Künftigen Geschlechtern zur Nacheiferung“*

Das Denkmal wurde vom Marine-Verein Mainz errichtet in Erinnerung an den 1914 versenkten kleinen Kreuzer „Mainz“. Bevor er sank, verminten dessen Soldaten einen englischen Hafen.

Die Einweihungsfeier des Denkmals war für den 27. August 1939 geplant, fand aber nicht statt. Möglicherweise hing die Absage mit den Kriegsvorbereitungen für den Zweiten Weltkrieg zusammen, der 5 Tage später durch Nazi-Deutschland begonnen wurde.

Die eingemeißelten Hakenkreuze wurden später entfernt, wie so viele Hakenkreuzabildungen des Dritten Reiches.

Seit langem kritisiert die DFG-VK diese Kriegsverherrlichung. Es ist kaum zu glauben, dass trotz dieses Textes das Denkmal vom Marine-Verein und der Reservistenkameradschaft als geeigneter Erinnerungsort angesehen wird. Die Kriegshetze des Denkmals wird schlichtweg geleugnet.

Immerhin gedachte zwar der Kriegsmarinerverein bei den Kranzniederlegungen an Volkstrauertagen nach eigenen Aussagen aller Kriegstoten, aber dies passt nicht recht zum Text des Denkmals selbst. Nach der Zeremonie der Kranzniederlegung blieben die Kränze und der Obelisk zurück. An wen oder an was hier gedacht wurde, erschließt sich für Passanten nicht. Die Botschaft scheint zu sein, dass Soldaten verehrungswürdige Helden sind. Wie kann dies auch anders interpretiert werden denn als Kriegsverherrlichung?

Zum Volkstrauertag 2023 hatte der da-

mals neu gewählte Mainzer OB Haase (parteilos) mit der Praxis seines Vorgängers Ebling (SPD) gebrochen, einen Kranz im Namen der Stadt Mainz am Kriegsmarine-Ehrenmal aufzuhängen. Das führte dazu, dass der Marine-Verein und die Reservistenkameradschaft jeweils einen selbst finanzierten Kranz niederlegten. Da unklar war, ob die Stadt Mainz wieder einen Kranz stiften würde, gab es 2024 sogar drei Kränze (vom Marine-Verein, der Reservistenkameradschaft und der Stadt Mainz).

Nun zeugen Denkmäler von der Zeit, in der sie errichtet wurden. Sicherlich wäre die Beseitigung eines Denkmals ebenfalls eine Art der Geschichtsklitterung, welches Geschehnisse verdeckt. Dennoch gehören problematische Denkmäler aus heutiger Sicht kontextualisiert. Ansonsten wird leicht der Eindruck erweckt, dass es heute keinen Widerspruch zu Aussage und Intention eines Denkmals gibt. Dem Marine-Verein war es 1939 wichtiger, ein Denkmal zu ihrem 50jährigen Bestehen und in Gedenken der Versenkung des 1914 versenktem Kriegsschiffes zu errichten, als gegen den Nationalsozialismus zu agieren. Nazi-Deutschland störte sich nicht an dem Denkmal. Schließlich wurde es ja auch als Nazi-Denkmal gestaltet und passte mit seinen Aussagen vorzüglich zu der Mobilisierung für eigene Kriegspläne. Der Marine-Verein und die Reservistenkameradschaft störten sich auch nach dem Dritten Reich viele Jahrzehnte nicht an der problematischen Aussage des Denkmals. Erst auf Druck, der auch durch Berichterstattung, Aktionen und Sensibilisierung durch die DFG-VK und andere Friedensaktivisten ausgeübt wurde, wurde diese ergänzende Stele wohl möglich.

163 Menschen starben beim Untergang dieses Schiffes. Unbekannt ist die Anzahl der Menschen, die diese Menschen getötet haben. Haben ihre Minen im englischen Hafen



Menschen getötet? Wie viele weitere Menschen wurden von ihnen im Kampf ermordet?

Die ergänzende Stele ist für uns auf jeden Fall ein gehöriger Fortschritt. Denkmäler erinnern an die Vergangenheit. Sie sollen und sollten an die Vergangenheit erinnern. Aber manches muss aus heutiger Sicht auch kritisch gesehen werden. Die Weigerung, dieses zu tun, hat leider dazu geführt, dass dieses Denkmal jahrzehntelang einen Streitpunkt darstellte. Immerhin haben die Streitigkeiten dazu schon in den 1960er Jahren begonnen. In den Augen der DFG-VK ist die Stele eine angemessene Lösung.

Ergänzend ist geplant, nahe dem Obelisk eine Steinplatte zu installieren, die den Spruch „Den Toten zum Gedenken – den Lebenden zur Mahnung. Für eine friedliche, weltoffene und solidarische Seefahrt“ führen soll. Wann und ob dies wirklich geschieht, ist allerdings unklar.

Somit scheinen doch alle, die sich mit dem Denkmal beschäftigen, einigermaßen zufrieden zu sein. Der Marine-Verein ist mit dem Stelen-Text einverstanden. Die erläuternde Stele ermöglicht den Betrachtern eine kritische Einordnung des Denkmals.

Es bleibt aus unserer Sicht immer noch fraglich, warum die Stadt Mainz sich überhaupt an diesen Kranzniederlegungen beteiligen soll. Kritische Rückfragen dazu an den damaligen Oberbürgermeister Ebling im Jahr 2014 hat dieser nicht beantwortet.

Harald Gewehr

## Internet

DFG-VK Mainz: [www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)  
DFG-VK Hessen: [www.dfg-vk-hessen.de](http://www.dfg-vk-hessen.de)  
DFG-VK Rheinland-Pfalz: [www.dfg-vk-rlp.de](http://www.dfg-vk-rlp.de)  
[www.facebook.com](http://www.facebook.com)  
DFG-VK Rheinland-Pfalz und Hessen  
DFG-VK bundesweit: [www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de)  
War Resisters' International: [www.wri-irg.org](http://www.wri-irg.org)

## Beratung

für ausländische Kriegsdienstverweiger:innen, Kriegsdienstflüchtlinge und Deserteur:innen Connection e.V., Hermann-Steinhäuser-Str. 43, 63065 Offenbach.  
Tel. 069 82 37 55 34, Fax 069 82 37 55 35,  
[office@Connection-eV.de](mailto:office@Connection-eV.de), [www.Connection-eV.de](http://www.Connection-eV.de)  
Telegram-Kanal (Russisch)/на русском: [t.me/connection\\_ev](https://t.me/connection_ev)

### Steig Aus! Уходи!

Information für Kriegsdienstpflichtige und unzufriedene Soldaten aus Russland, Belarus und der Ukraine

Информация для призывников и недовольных солдат России / Беларуси / Украины

## Radiosendung "Pazifissimus"

der DFG-VK Mainz-Wiesbaden, am Mittwoch jeder ungeraden Kalenderwoche von 18 bis 19 Uhr im Programm von Radio Quer im

- Wiesbadener Lokalradio auf 92,5 MHz
- Digitalradio: DAB+ Kanal 12C
- Internet: [www.radio-rheinwelle.de](http://www.radio-rheinwelle.de)

Links, Anmerkungen, Quellen gibt es unter  
[www.dfg-vk-mainz.de/fl69](http://www.dfg-vk-mainz.de/fl69)

## Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

### Sektion der War Resisters' International (WRI)

#### Kontaktadressen & regelmäßige Termine der DFG-VK im Bereich der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz

#### Landesverband Hessen, Landesverband Rheinland-Pfalz & DFG-VK Bildungswerk Hessen e.V.:

Wittelsbacherallee 27, 60316 Frankfurt.

Tel. 0 69 43 14 40

[www.dfg-vk-hessen.de](http://www.dfg-vk-hessen.de),

[dfgvkhessen@t-online.de](mailto:dfgvkhessen@t-online.de)

**Ahr-Rhein-Eifel:** c/o Wolfgang Huste (Antiquariat Huste),  
Telegrafienstraße 16, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Tel. 0 26 41 8 29 05 28,

[whuste@aol.com](mailto:whuste@aol.com)

**Aschaffenburg:** (das liegt zwar in Bayern, zählt aber DFG-VK-mäßig zu Hessen) c/o Gunnar Schedel (Alibri Verlag),  
Hangstr. 3, 63768 Hösbach.

Tel.: 0 60 21 626 25 60, [verlag@alibri.de](mailto:verlag@alibri.de)

**Bad Kreuznach:** c/o Jürgen Locher,  
Sigismundstr. 12, 55543 Bad Kreuznach.

[juergenlocher@superkabel.de](mailto:juergenlocher@superkabel.de), Tel. 06 71 628 78

**Darmstadt:** Bessunger Knabenschule,  
Ludwigshöhstr. 42, 64291 Darmstadt.

[DFGVKDarmstadt@aol.com](mailto:DFGVKDarmstadt@aol.com),

[www.dfg-vk-darmstadt.de](http://www.dfg-vk-darmstadt.de)

Gruppentreffen: dienstags 20.00 Uhr

**Frankfurt:** Wittelsbacherallee 27, 60316 Frankfurt.

Tel. 0 69 498 03 94, [dfgvkffm@t-online.de](mailto:dfgvkffm@t-online.de)

Pazifistischer Ratschlag: am zweiten Montag im Monat  
um 19:30 Uhr

Kriegsdienstverweigerungsberatung nach Vereinbarung

**Friedberg:** c/o Bernd Baier, Vorstadt zum Garten 4,  
61169 Friedberg. [dfgvk-friedberg@web.de](mailto:dfgvk-friedberg@web.de)

**Kassel/Nordhessen:** Annastr. 11, 34119 Kassel.

Tel. 05 61 89 30 27, [kassel@dfg-vk.de](mailto:kassel@dfg-vk.de)

**Lahn-Dill:** c/o Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578 Wetzlar.

Tel. 0 64 41254 62, [mo-wz@gaaa.org](mailto:mo-wz@gaaa.org)

**Mainz-Wiesbaden:**

c/o Bürogemeinschaft, Walpodenstr. 10, 55116 Mainz.

Gruppentreffen: 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat,  
19.30 h,

[dfgvkmz@web.de](mailto:dfgvkmz@web.de), [www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)

Radiosendung: Pazifissimus

Mittwochs in ungeraden Kalenderwochen 18 bis 19 Uhr im  
Wiesbadener Lokalradio auf 92,5 MHz.

**Marburg:** c/o Rüdiger Bröhlting,  
Friedensplatz 4, 35037 Marburg.

[marburg@dfg-vk.de](mailto:marburg@dfg-vk.de)

**Offenbach:** c/o Franz Nadler, Riethgasse 4,  
63075 Offenbach. Tel. + Fax: 0 69 81 51 28,

[office@Connection-eV.de](mailto:office@Connection-eV.de)

**Pfalz:** c/o Bettina Seckler, Künstlerkolonie 10,

67471 Elmstein. Tel. 0 63 28 98 99 07,

[dfg-vk-mittelpfalz@gmx.de](mailto:dfg-vk-mittelpfalz@gmx.de)

**Trier:** c/o Friedens- & Umweltzentrum,

Pfützenstr. 1, 54290 Trier. [trier@dfg-vk.de](mailto:trier@dfg-vk.de)

**Westpfalz:** [klawir@web.de](mailto:klawir@web.de)

**Wiesbaden:** siehe Gruppe Mainz-Wiesbaden

## Solidarität mit den Gefangenen für den Frieden!

Zum **Internationalen Tag der Gefangenen für den Frieden am 1. Dezember** bittet die War Resisters' International alljährlich um Solidarität mit Menschen, die weltweit wegen ihrer Kriegsdienstverweigerung oder ihres Engagements für Frieden inhaftiert sind. Ihre Namen und Gefängnisadressen werden in der **Liste der Gefangenen für den Frieden** veröffentlicht. [www.wri-irg.org](http://www.wri-irg.org)  
Die WRI ruft dazu auf, den Gefangenen Kartengröße als Zeichen der Solidarität und der Ermutigung in die Haft zu schicken.

**Wir schreiben und verschicken die Karten mit Live-Musik von Strohfeder Express, Bildern von Aktionen, Speis und Trank am Samstag, 6. Dezember 2025, 13 Uhr, HerrBerts Kulturscheune, Untergasse 10, 55270 Zornheim**

[www.ecovin-braunbeck.de/](http://www.ecovin-braunbeck.de/)

[herrbertskulturscheune](http://herrbertskulturscheune)

Erreichbar mit der Mainzer Stadtbuslinie 66 (Halt Hahnheimer Str.)

## Für einen friedlichen Hessentag!

Viele erwarten ein ausgelassenes Volksfest. **Doch Vorsicht: Man findet auch Panzer, Maschinengewehre und Kampffluschaugeräte sowie Militärkonzerte!**

Mit Veranstaltungen und Kriegsgerät missbraucht die Bundeswehr den Hessentag als Werbeschau, auch 2025 in Bad Vilbel.

Die Bundeswehr wirbt offensiv, um junge Menschen für den Kriegsdienst zu gewinnen. Dabei wird Kriegsgerät als Abenteuerspielplatz arrangiert. Selbst Kleinkinder klettern auf Panzern herum. Auf den letzten Hessentagen wurden ganze Schulkassen von der Bundeswehr zum Festgelände gefahren! Dass Soldat:innen andere Menschen töten und selbst immer wieder traumatisiert, verwundet oder getötet werden, wird kaum thematisiert. Trotz erheblicher Kritik der UNO werden in Deutschland weiter Minderjährige rekrutiert.

Wir wenden uns gegen Militärwerbung auf Volksfesten und bei Minderjährigen. Das Militär kann Konflikte nicht lösen.

**Wir erwarten von der hessischen Landesregierung, dass sie sich an das hält, was in der Verfassung des Landes Hessen steht:**

Artikel 69:

(1) Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet.

(2) Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.

**Für einen Hessentag ohne Militär!**

**Das Bündnis Friedlicher Hessentag ruft auf zur Demonstration  
Samstag, 14. Juni 2025, 14 Uhr, Bahnhof  
Bad Vilbel**

[www.friedlicher-hessentag.de](http://www.friedlicher-hessentag.de)



## Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Gruppe Mainz-Wiesbaden

c/o Bürogemeinschaft, Walpodenstr. 10, 55116 Mainz  
Treffen am 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat 19:30 Uhr  
Konto 4 006 161 741, GLS-Bank, BLZ 430 609 67  
IBAN: DE05 4306 0967 4006 1617 41, BIC: GENODEM1GLS

[dfgvkmz@web.de](mailto:dfgvkmz@web.de)

[www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)

Informationen der DFG-VK sind oft erhältlich im  
Cardabela-Buchladen, Frauenlobstr. 40, Mainz

